Wirtschaft

In den vergangenen 20 Jahren konnte das Agrarland Mali eine überwiegend positive wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen, die auch auf die dynamische Entwicklung des Goldbergbaus zurückzuführen war. Das Wirtschaftswachstum reichte jedoch nicht für eine relevante Verringerung der Armut, und Mali bleibt in hohem Maße von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit abhängig.

Wirtschafts- und Sozialdaten Mali (Stand 2024)

Indikator	*Wert (Stand 2024)*	*Anmerkung / Quelle*
Geschätztes BIP	26,59 Mrd. US-$	Weltbank (Dez. 2024). Dein Wert (14,18) ist veraltet.
Pro-Kopf-Einkommen (KKP)	2.910 US-$	Schätzung Weltbank 2024. Dein Wert (1.174) entsprach dem nominalen BIP (ohne Kaufkraftbereinigung).
Rang (HDI)	186 von 191	UNDP-Bericht 2023/2024. Mali liegt in der Kategorie „sehr geringe Entwicklung“.
Anteil Armut	43,3 %	Aktuellster Wert (Weltbank 2024). *Hinweis: Die Grenze wurde international von 1,25 $auf 2,15$ angepasst.*
Einkommensverteilung (Gini)	35,7	Stand 2024 (basierend auf der letzten Vollerhebung 2021).
Wirtsch. Transformation (BTI)	Rang 104 von 137	BTI-Bericht 2024. Mali wird nun als „harte Autokratie“ eingestuft.

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage

Die malische Wirtschaft wird geprägt von der Dominanz des Agrarsektors sowie der rasch zunehmenden Bedeutung des Goldbergbaus. Mali gehört entsprechend der Indikatoren der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zu den 10 ärmsten Ländern der Welt (2024/2025: Rang 188 von 193). Wichtigster Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, die über 70 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung beschäftigt und 38,4 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt (Zahlen für 2013). Stark an Bedeutung gewonnen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Goldbergbau sowie der informelle Sektor

Es besteht weiterhin ein deutliches Süd-Nord-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung. Süd-Mali mit der Agglomeration Bamako, der Baumwollanbauzone und den Goldbergbaugebieten wies bereits in der Vergangenheit deutlich bessere Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung auf als die zentralen und nördlichen Landesteile.

Von immenser Bedeutung sind weiterhin die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Maliern. Nach unterschiedlichen Schätzungen beliefen sich diese im Jahr 2010 auf 200 Mio. Euro und stiegen bis 2017 auf eine Milliarde US-Dollar an. Nach einer Studie der EU entsprachen die Rücküberweisungen im Jahr 2014 insgesamt 7,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Insbesondere in der Region Kayes waren und sind Rücküberweisungen von erheblicher Bedeutung für die lokale Entwicklung.

Der Ausbruch bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen in der Elfenbeinküste im Jahr 2002 und die dadurch ausgelöste dortige Wirtschaftskrise hatten die Wirtschaftsentwicklung Malis beeinträchtigt. Wichtige Absatzmärkte für malische Agrarprodukte in der Elfenbeinküste waren weggebrochen. Der bis 2002 in erster Linie über die Elfenbeinküste abgewickelte Außenhandel Malis wurde zudem durch stark gestiegene Transportkosten belastet. Erschwerend war hinzugekommen, dass

aufgrund von fremdenfeindlichen Entwicklungen in der Elfenbeinküste zehntausende Malier nach Mali hatten zurückkehren müssen.

Dies brachte erhebliche wirtschaftliche Belastungen im Lande, da die üblichen Geldüberweisungen an in Mali lebende Familienangehörige entfielen. Zudem mangelte es in Mali an wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten für die Zwangsrückkehrer. Auch die schwere innenpolitische Krise in der Elfenbeinküste 2011 hatte die malische Wirtschaft schwer getroffen. Auch aus diesem Grund steigt die Bedeutung der Abwicklung des Außenhandels in Überseehäfen außerhalb der Elfenbeinküste noch 2026 weiterhin an.

Mit der Elfenbeinküste war eine engere Zusammenarbeit in der Elektrizitätsversorgung vereinbart worden. Eine Hochspannungsleitung versorgte seit 2012 die Regionen Sikasso und Ségou mit Elektrizität aus der Elfenbeinküste und trug zu einer verbesserten Versorgung bei. Eine weitere Hochspannungsleitung für den Stromimport aus der Elfenbeinküste wurde 2018 in Betrieb genommen und wurde gegenwärtig bis Bamako verlängert. Darüber hinaus war eine Verbindung der Elektrizitätsnetze Malis und Guineas geplant sowie die Errichtung eines Stromverbunds mit Burkina Faso und Ghana. Im Jahr 2017 schloss die EDM mit dem senegalesischen Energieunternehmen SENELEC eine Vereinbarung über den Import von Elektrizität aus Senegal ab.

Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 hatte das Wirtschaftswachstum 4,9 % betragen (2007 bis 2009: 4,3 %). Im Jahr 2010 war ein Wirtschaftswachstum von 5,8 % erzielt worden, wobei Mali vor allem von der günstigen Entwicklung des Weltmarktpreises für Gold profitierte. Insbesondere aufgrund des ungünstigen Verlaufs der für die Agrarwirtschaft außerordentlich wichtigen Regenzeit war das Wachstum im Jahr 2011 auf lediglich 2,7 % zurückgegangen. Für 2012 hatte der IWF zunächst ein Wirtschaftswachstum von über 5 % prognostiziert. Jedoch zog die schwere innenpolitische Krise

eine ernste Wirtschaftskrise nach sich, sodass im Jahr 2012 ein negatives Wirtschaftswachstum (Rückgang um 1,5 %) verzeichnet worden war. Im Jahr 2013 konnte wieder ein Wirtschaftswachstum (1,8 %) verzeichnet werden, das vor allem auf der dynamischen Entwicklung der Agrarwirtschaft, des Goldbergbaus sowie der erneut angelaufenen internationalen Entwicklungszusammenarbeit basierte. Im Jahr 2017 wuchs die malische Wirtschaft um 5,3 % (2014: 7,2 %, 2015: 5,0 %, 2016: 5,6 %). Im Jahr 2018 war ein Wirtschaftswachstum von 4,7 % erzielt worden.

Nach 2018 setzte sich die wirtschaftliche Entwicklung unter volatilen Bedingungen fort. Im Jahr 2019 lag das Wirtschaftswachstum noch bei ca. 4,8 %. In 2020 führte die COVID-19-Pandemie in Verbindung mit dem Militärputsch im August zu einem massiven Einbruch, sodass das Wachstum auf etwa -1,2 % sank. Im Jahr 2021 erholte sich die Wirtschaft moderat auf 3,1 %, wurde jedoch 2022 durch die weitreichenden Sanktionen der ECOWAS erneut gebremst (Wachstum ca. 3,7 %). Für die Jahre 2023 und 2024 stabilisierte sich das Wachstum laut IWF-Daten bei etwa 4,5 % bis 4,8 %, trotz des Austritts aus der ECOWAS und der Neuausrichtung innerhalb der Allianz der Sahelstaaten (AES). Für das Jahr 2025 liegen die Schätzungen aufgrund der Energiekrise und geopolitischen Verschiebungen bei etwa 4,1 %. Zahlreiche aussagekräftige Daten zur Wirtschaftsstruktur und -entwicklung finden sich unter anderem auf einer Internetseite der Weltbank.

Regelmäßig aktualisierte Informationen zur Ernährungslage und zu möglichen Ernährungskrisen in Mali stellen die Hungerfrühwarnsysteme FEWSNET und SAP bereit, sowie die Marktinformationssysteme OMA und RESIMAO.

Landwirtschaft

Nur 6,1 % der Landesfläche (Wert für 2024) werden ackerbaulich genutzt, weitere 25 % können als Weideland genutzt werden. Die Anbauzentren des Landes befinden sich in den südlichen

Landesteilen und entlang des Niger. Im Süden werden vor allem Getreide (Hirse, Sorghum, Mais), Baumwolle und Erdnüsse angebaut. Entlang des Niger wird in erster Linie Reis angebaut. Seit zwei Jahrzehnten wurden die Bewässerungsflächen beständig ausgeweitet. Eine besondere Bedeutung fällt in diesem Zusammenhang dem Bewässerungsgebiet des Office du Niger in der Region Ségou zu. Es handelt sich um das größte Bewässerungsgebiet Westafrikas, in dem neben Reis auch Zuckerrohr und Gemüse angebaut werden und in dem in Zukunft verstärkt auch Weizen und Ölfrüchte (z. B. Sonnenblumen) angebaut werden sollen. Gegen die gleichnamige staatliche Behörde, die das Bewässerungsgebiet betreibt, werden regelmäßig Korruptionsvorwürfe erhoben.

Die Ausweitung der Bewässerung gehört zu den Prioritäten der malischen Agrarpolitik. In diesem Zusammenhang misst die Regierung dem seit 2010 begonnenen Taoussa-Staudammprojekt am Niger in der Region Gao eine große Bedeutung bei. An der Finanzierung dieses nicht unumstrittenen Großprojekts sind zahlreiche Geber beteiligt. Durch den Nordmali-Konflikt wird die Realisierung des Taoussa-Projekts in Frage gestellt. In verstärktem Maße fördert die Regierung ausländische Großinvestitionen in der Bewässerungslandwirtschaft.

Die Planung und Errichtung neuer Staudämme entlang des Niger und seiner Nebenflüsse durch Mali sowie weitere Anrainerstaaten erhöhen die Gefahr einer Übernutzung der Wasserressourcen. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit einer verbesserten grenzüberschreitenden Abstimmung über die zukünftige Nutzung des Nigerwassers sowie einer fundierten Analyse der Auswirkungen von Staudammprojekten. In diesem Kontext ist auf ein Pilotprojekt zu verweisen, das mit niederländischer Unterstützung durchgeführt wurde. Auch bei der Nutzung der Wasserressourcen des Senegal wird eine verstärkte Kooperation zwischen den Anrainerstaaten angestrebt. Angesichts der laufenden und geplanten Errichtung weiterer Staudämme erscheint dieses

Vorgehen sowohl sinnvoll als auch notwendig.

In Zentralmali dominieren die extensive, vor allem von den Fulbe betriebene Viehhaltung (Rinder, Schafe, Ziegen) und der Hirseanbau, der insbesondere im Dogonland und im Bereich des Office du Niger durch bewässerten Gemüseanbau ergänzt wird. Von großer Bedeutung im Nigerbinnendelta ist der Fischfang, den vorwiegend die Bozo betreiben. Je weiter man nach Norden gelangt, desto mehr steigt das Risiko, dass sich infolge ungünstig verteilter Regenfälle die kritische Phase zwischen dem Aufbrauchen der Vorräte und der neuen Getreideernte verlängert; dies kann die saisonale Landflucht erheblich verstärken. In Nordmali sind aufgrund der Aridität ein ertragreicher Anbau nur mittels Bewässerung sowie eine extensive Viehhaltung (Dromedare, Ziegen und Schafe) möglich. Eine verstärkte Förderung erfahren zudem die Milchproduktion und -verarbeitung, was zu einer Reduzierung von Milchpulverimporten beitragen könnte.

Die Ursachen für die wiederkehrenden Ernährungskrisen sind vielschichtig. Nach einer Heuschreckeninvasion und einer ungünstigen Regenzeit gestaltete sich die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln im Jahr 2004 erstmals seit längerer Zeit als äußerst schwierig. Offiziellen Angaben zufolge waren mehr als eine Million Menschen vom Hunger bedroht und zumindest für einige Monate auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, wobei die nördlichen Landesteile am stärksten betroffen waren. Dank ergiebiger Regenfälle konnten in den Folgejahren überdurchschnittlich gute Getreideernten erzielt werden. Dies bewirkte eine vorübergehende Entspannung der Ernährungslage, wenngleich in einigen Regionen erhebliche Ernteschäden infolge von Überschwemmungen zu verzeichnen waren.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte konnte die Getreideproduktion erheblich gesteigert werden. Im Zeitraum 2004 bis 2008 betrug die durchschnittliche jährliche Getreideproduktion 3,7 Mio. t, während im Zeitraum 2009 bis

2013 im Durchschnitt 6,2 Mio. t Getreide geerntet wurden. Infolge guter Ernten 2009 und 2010 (2009: Getreideüberschuss von rund 1 Mio. t) entwickelte sich Mali zeitweilig zu einem regional bedeutenden Getreideexporteur.

Im Jahr 2011 wurde das von der Regierung angestrebte Ziel einer Getreideproduktion von 8,9 Mio. t infolge einer ungünstigen Regenzeit bei Weitem verfehlt; die tatsächliche Produktion belief sich auf lediglich 5,8 Mio. t. Obwohl Anfang 2012 für das gesamte Land ein Getreideüberschuss von ca. 500.000 t beziffert wurde, drohte aufgrund hoher Ernteeinbußen in Teilen West- und Zentralmalis eine ernste Ernährungskrise, von der etwa 1,7 Mio. Menschen betroffen waren. Erschwerend wirkte sich auf die Versorgungslage zudem die verstärkte Getreidenachfrage aus grenznahen Regionen in Mauretanien und dem Niger aus, in denen die Getreideernte ebenfalls schlecht ausgefallen war.

Von der Regierung wurde ein Nothilfeprogramm verabschiedet, das unter anderem den Ankauf und die Gratisverteilung von 46.000 t Getreide in besonders betroffenen Gebieten vorsah. Zudem bat sie frühzeitig die internationale Gemeinschaft um Unterstützung. Die Bewältigung der Ernährungskrise wurde jedoch erheblich von der drastischen Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordmali beeinträchtigt.

2012 wurde insbesondere aufgrund des günstigen Verlaufs der Regenzeit mit 6,6 Mio. t eine hervorragende Getreideernte eingebracht. Diese trug in den meisten Landesteilen zu einer deutlichen Verbesserung der Ernährungssituation bei. Gleiches traf auch auf die Nachbarländer Niger und Burkina Faso zu.

Für 2013 verfolgte die Regierung das ehrgeizige Ziel einer weiteren erheblichen Produktionssteigerung auf insgesamt 7,5 Mio. t Getreide. Jedoch wurde vielerorts eine späte Getreideaussaat beobachtet, da die Regenzeit verspätet einsetzte. Insgesamt wurde die 2013 eingebrachte Ernte aber als durchschnittlich bis gut beurteilt. Dabei wurde 5,7 Mio. t

Getreide geerntet, und das Land erzielte einen Getreideüberschuss von annähernd 900.000 t.

Die 2014 eingebrachte Ernte stellte mit 7,0 Mio. t Getreide ein hervorragendes Ergebnis dar, was die Erzielung eines Getreideüberschusses von 1,7 Mio. t ermöglichte. Für 2015 strebte die Regierung eine Getreideproduktion von 8,0 Mio. t an. Vielerorts führte jedoch ein verspätetes Einsetzen der Regenzeit zur Beunruhigung im Hinblick auf die sommerliche Anbaukampagne. Das ungewöhnlich lange Fortbestehen der Regenfälle bis in den Oktober 2015 wirkte sich jedoch sehr positiv auf die Getreideernte aus, die 8,0 Mio. t betrug und einen Getreideüberschuss von 1,6 Mio. t ermöglichte.

Im Jahr 2016 erzielte Mali mit 8,9 Mio. t Getreide erneut eine sehr gute Ernte, die einen Getreideüberschuss von 3,7 Mio. t ermöglichte. Mit einer sehr hohen Erntemenge von 9,3 Mio. t und einem Überschuss von 4,1 Mio. t (davon 580.000 t Reis) festigte das Land 2017 seine Stellung als bedeutender regionaler Getreideexporteur. Dennoch fiel die Ernte in verschiedenen Gebieten aufgrund von Überschwemmungen oder unregelmäßigen Niederschlägen am Ende der Saison ungünstig aus. Im Jahr 2018 wurde mit 10,4 Mio. t Getreide ein sehr gutes Ergebnis erzielt, gefolgt von einer Rekordernte im Jahr 2019, die mit 10,5 Mio. t einen Überschuss von 4,5 Mio. t ermöglichte. Trotz dieser hohen Erträge besteht das Problem der Unterernährung fort, da viele ärmere Haushalte nicht über die nötige Kaufkraft verfügen, um Getreide zuzukaufen.

Trotz der landesweit guten bis sehr guten Ernten war die Ernährungslage im Zeitraum 2013 bis 2019 in Teilen Nord- und Zentralmalis infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen und der Schließung der algerischen Grenze angespannt. Nach Schätzungen von OCHA waren Anfang 2019 3,2 Mio. Malier von Ernährungsunsicherheit betroffen. Es war zu befürchten, dass auf Grund der angespannten Sicherheitslage in einigen wichtigen Anbaugebieten Zentralmalis die bäuerliche Bevölkerung nur einen Teil der Felder bestellen kann.

Die Befürchtung bewahrheitete sich: In den Folgejahren führten anhaltende Kämpfe und Vertreibungen in Zentralmali dazu, dass weite Ackerflächen brachlagen und die Ernteerträge lokal massiv einbrachen. Infolgedessen stieg die Zahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen bis 2022 auf über vier Millionen an, wobei die Situation durch Blockaden und die Zerstörung von Infrastruktur zusätzlich verschärft wurde.

Nach 2022 setzte sich der Trend schwankender Erntemengen fort, wobei die Produktion im Jahr 2023 aufgrund unregelmäßiger Regenfälle und Sicherheitskonflikte zunächst auf etwa 9,9 Mio. t sank. In den Jahren 2024 und 2025 stabilisierte sich die Lage durch günstigere Witterung jedoch wieder, sodass für die Saison 2025/2026 eine Rekordernte von etwa 11,4 Mio. t Getreide prognostiziert wird. Trotz dieser statistischen Höchstwerte bleibt die Versorgungslage prekär, da bewaffnete Konflikte in Zentral- und Nordmali den Zugang zu Feldern blockieren und Marktwege unterbrechen. Infolgedessen sind Anfang 2026 weiterhin über 1,5 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen, da die gestiegene Produktion die kaufkraftschwachen Haushalte und isolierten Regionen oft nicht erreicht.

Die Grundlage für diese langfristige Entwicklung der Produktionssteigerung bildete die „Initiative Riz“, die mit ihrer Initiative einen wesentlichen Beitrag zur mittelfristigen Steigerung der Getreideproduktion leistete. Hierbei handelt es sich um ein 2008 angelaufenes staatliches Förderprogramm für den Reisanbau, das auch von Gebern erhebliche Unterstützung erfuhr. Im Rahmen des Programms, mit dem die Regierung auf die Entwicklung auf den Weltgetreidemärkten und steigende Verbraucherpreise reagierte, wird vor allem der Kunstdüngereinsatz subventioniert. Kritiker bemängelten insbesondere eine einseitige Bevorzugung des Reisanbaus und befürchteten eine zunehmende Spekulation. Angesichts hoher Reispreise beschloss die Regierung mehrmals vorübergehende Importerleichterungen, die jedoch Gegenstand

einer kontroversen Debatte waren. Subventioniert wird auch die Verwendung von Kunstdünger für den Baumwoll-, Mais- und Weizenanbau.

Die graduelle, wenn auch von einem alarmierend niedrigen Ausgangsniveau ausgehende, langfristige Optimierung der Ernährungssituation lässt sich auch an der Entwicklung des Welthunger-Indexwertes erkennen. Dieser betrug für Mali in 2000 44,2 und hatte sich bis 2020 auf 22,9 verbessert (Vergleichswerte für 2020: Burkina Faso 25,8 / Senegal 17,1 / Niger 30,2 in 2019). 2020 belegte Mali Rang 82 von insgesamt 107 bewerteten Staaten mit einem Indexwert von über 5 (2010: Rang 52 von 84 Staaten).

Bergbau

Der Bergbausektor hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv an Bedeutung gewonnen; insbesondere der Goldbergbau erlebt seit den 1990er-Jahren einen Boom. Im Süden und Südwesten Malis wurden umfangreiche Goldlagerstätten erschlossen, wobei ausländischen Investoren – vor allem aus der Republik Südafrika – eine Schlüsselrolle zukam. Nach Ansicht von Kritikern ziehen ausländische Bergbauunternehmen einen überproportionalen Nutzen aus dem malischen Goldbergbau, weshalb verstärkt über Alternativen bei der Aufteilung der erwirtschafteten Erlöse diskutiert wird. Im August 2018 gewährte die Regierung dem Bergbaukonzern Randgold eine auf vier Jahre befristete, umfassende Steuerermäßigung für den Ausbau einer der landesweit größten Goldminen.

2011 wurde Mali Mitglied der internationalen Rohstoff-Transparenzinitiative EITI. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen kündigten eine kritische Begleitung der Initiative an. 2016 beschloss die nigrische Regierung unterdessen den Ausstieg aus der EITI, da die Mitgliedschaft des Landes wegen Nicht-Einhaltung der EITI-Richtlinien suspendiert worden war.

Mali war nach der Republik Südafrika, Ghana und Sudan der

viertgrößte Goldproduzent Afrikas. Die Goldproduktion belief sich 2019 auf 65 t aus industriellen Goldminen (2018: 61 t). Zu der Produktion aus industriellen Goldminen kam die handwerkliche Goldproduktion hinzu, die jedoch statistisch schwer zu erfassen war (2019: 6 t). Trotz der erfolgten Schließung einer der größten Goldminen des Landes wurden für die kommenden Jahre mit einem weiteren Anstieg der Goldproduktion gerechnet. Die Exploration neuer Lagerstätten wurde durch den zeitweiligen starken Anstieg des Weltmarktpreises für Gold angekurbelt.

In den Jahren 2024 und 2025 verzeichnete Mali einen massiven Rückgang der industriellen Goldproduktion auf etwa 42,2 Tonnen (2025), was primär auf einen langwierigen Streit zwischen der Regierung und dem größten Produzenten, Barrick Gold, sowie die Umsetzung des neuen Bergbaugesetzes von 2023 zurückzuführen ist. Infolgedessen verlor das Land seine Position als viertgrößter Produzent Afrikas und rutschte im kontinentalen Ranking weiter nach hinten, während B2Gold zum führenden industriellen Akteur im Land aufstieg. Trotz einer Einigung mit Barrick Ende 2025 wird für 2026 nur eine graduelle Erholung der Fördermengen prognostiziert, die weiterhin deutlich unter den Rekordwerten von 2023 liegen dürfte.

Im Gegensatz zur handwerklichen Goldgewinnung sind die von den ausländischen Unternehmen im Goldbergbau praktizierten Abbautechniken kapitalintensiv und setzen entsprechend ausgebildetes Fachpersonal (häufig Ausländer) voraus. In zunehmendem Maße werden die durch die Goldproduktion verursachten Umweltschäden kritisiert. Während die handwerkliche Goldgewinnung aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage als informelles Auffangbecken für viele Menschen weiter an Bedeutung gewann, sah sich der industrielle Goldbergbau ab 2024 mit einer deutlich strengeren staatlichen Aufsicht und einem neuen Bergbaukodex konfrontiert, der die nationale Beteiligung an den Erträgen massiv erhöht.

Nördlich von Gao wurde Phosphat für den Binnenmarkt abgebaut*. 2005 wurden in Nordmali Erdöllagerstätten entdeckt, an deren Erschließung beachtliche Hoffnungen geknüpft wurden. Zudem bestanden Pläne zur Erschließung von Bauxitlagerstätten, Uranvorkommen, Lithiumvorkommen und Erdgasvorkommen, zur Erhöhung der Eisenerzproduktion, zur Ausweitung der Phosphatproduktion sowie zum Abbau von Manganerz. Die Erschließung der aufgeführten Rohstoffvorkommen würde die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus sicherlich bedeutend erhöhen. Die Regierung beabsichtigte, durch eine Änderung des Bergbaugesetzes den Staatsanteil an Bergbauprojekten zu erhöhen und Unternehmen zu Investitionen in die Infrastruktur und die soziale Entwicklung zu verpflichten. Mit hohem Interesse wurden vor diesem Hintergrund die Verhandlungen über einen neuen Uranabbau-Vertrag zwischen der nigrischen Regierung und dem französischen AREVA Energiekonzern verfolgt.

In den Jahren 2024 und 2025 trat eine grundlegende Neuausrichtung des Sektors ein: Mit dem neuen Bergbaugesetz von 2023 erhöhte die Regierung den maximalen Staatsanteil an Bergbauprojekten auf bis zu 35 %. Einen industriellen Meilenstein markierte die Inbetriebnahme der Lithiummine Goulamina im Jahr 2025 sowie die Eröffnung einer zweiten Lithiummine in Bougouni, wodurch Mali zu einem führenden Akteur auf dem globalen Batterierohstoffmarkt aufstieg. Während die Erschließung der Erdölvorkommen im Norden aufgrund der anhaltenden Sicherheitslage weiterhin erschwert bleibt, vollzog sich in der regionalen Zusammenarbeit ein Bruch, da die Regierung Nigers die Uran-Abbaurechte des Konzerns Orano (ehemals AREVA) im Jahr 2024 entzog und die nationale Souveränität über die strategischen Ressourcen priorisierte.

Industriesektor

Der Industriesektor war bislang lediglich von peripherer Bedeutung und wurde von kleinen und mittelgroßen Betrieben dominiert. Von den ca. 30.000 Arbeitsplätzen im

Industriesektor befanden sich ca. 75 % in der Agglomeration Bamako. Zum zweitwichtigsten Industriestandort hatte sich der Großraum Sikasso entwickelt. Bedeutendste Industriezweige waren die Nahrungsmittelindustrie und die Baumwollentkernung sowie zwei Textilfabriken. 2007 wurde in der Nähe Bamakos die erste Düngemittelfabrik des Landes eröffnet. Seither konnte die Kunstdüngerversorgung der malischen Agrarwirtschaft deutlich optimiert werden. Zudem wird ein Teil der Produktion in die Nachbarstaaten exportiert.

In den Jahren 2024 und 2025 hat sich das industrielle Profil des Landes durch den Beginn des Lithium-Abbaus in Goulamina und Bougouni sowie durch Investitionen in die lokale Goldverarbeitung diversifiziert. Der Beitrag des gesamten Industriesektors (einschließlich Bergbau und Bauwesen) zum Bruttoinlandsprodukt beläuft sich aktuell auf etwa 23,5 %, wobei die verarbeitende Industrie weiterhin einen geringeren Anteil von rund 6 % einnimmt. Schätzungen für das Jahr 2026 gehen davon aus, dass mittlerweile etwa 10 % der Erwerbstätigen im industriellen Bereich beschäftigt sind, was die historische Marke von 30.000 Arbeitsplätzen deutlich überschreitet. Zudem plant die Regierung für 2026 die Inbetriebnahme einer Fabrik für industriellen Sprengstoff in Zusammenarbeit mit einem chinesischen Partner, um die Importabhängigkeit des Bergbausektors zu verringern.

Eines der bedeutendsten Industrieprojekte umfasste im Jahr 2011 den Bau einer großen Zuckerfabrik sowie die Erschließung von rund 14.000 Hektar bewässerter Anbaufläche für Zuckerrohr im Gebiet des Office du Niger. Dieses Vorhaben stieß jedoch auf Widerstand in der lokalen Bevölkerung, die gegen den befürchteten Verlust ihrer landwirtschaftlichen Flächen protestierte. In derselben Region tätigte bereits ein libysches Großunternehmen weitreichende Investitionen in die Bewässerungslandwirtschaft, die – ebenso wie die Großprojekte malischer Investoren – Gegenstand kontroverser Debatten waren. Mit der Eröffnung einer weiteren, durch chinesische

Unterstützung errichteten Zuckerfabrik im Jahr 2012 entstand die Perspektive, dass Mali innerhalb weniger Jahre vom Zuckerimporteur zu einem regional bedeutenden Exporteur aufsteigen könnte.

Die angestrebte Transformation zum regionalen Zuckerexporteur wurde durch die politisch-militärische Krise ab 2012 sowie durch anhaltende Finanzierungsschwierigkeiten massiv gebremst. Das SOSUMAR-Großprojekt in Markala kam über die Planungsphase nicht hinaus und gilt seit 2012 als gestoppt, da sich internationale Geldgeber und Partner wie die Illovo-Gruppe aufgrund der Instabilität zurückzogen. Auch die weitreichenden libyschen Investitionen der Gesellschaft „Malibya“ liegen seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes und infolge lokaler Widerstände faktisch brach, wobei die geschaffene Infrastruktur teilweise ungenutzt blieb.

Zwar produzieren die Fabriken Sukala und die 2012 eröffnete N-Sukala weiterhin Zucker, doch deckt deren Gesamtkapazität auch im Jahr 2025 nur einen Bruchteil des nationalen Bedarfs. Infolgedessen bleibt Mali weiterhin in hohem Maße auf Zuckerimporte angewiesen, um die Versorgung der Bevölkerung – insbesondere während des Ramadan – sicherzustellen. Die Regierung der Übergangsphase kündigte für die Kampagnen 2024 bis 2026 zwar Modernisierungsmaßnahmen und Flächenerweiterungen an, um die Produktion schrittweise von 15.000 auf bis zu 300.000 Tonnen zu steigern, doch eine vollständige Autarkie oder eine Rolle als bedeutender Exporteur konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt (Februar 2026) nicht realisiert werden.

Ein weiteres wichtiges Industrieprojekt umfasste den Bau einer Zementfabrik in Westmali. Die von einem indischen Unternehmen betriebene Fabrik deckt einen Teil des schnell wachsenden Inlandsbedarfs an Zement ab. Die Realisierung des Projekts wurde jedoch durch Versuche eines großen französischen Zementherstellers verzögert, das Investitionsvorhaben des indischen Unternehmens zu sabotieren. Nahe von Kati (Umland

von Bamako) wurde 2016 eine von einem marokkanischen Unternehmen betriebene weitere Zementfabrik eröffnet. In der selben Umgebung nahm im Oktober 2019 die dritte Zementfabrik Malis die Produktion auf. Diese gehört einem französischen Zementkonzern.

n der Region Kayes wurde die Zementproduktion durch das integrierte Werk von Diamond Cement in Astro (Kreis Bafoulabé) maßgeblich ausgebaut, welches als eines der ersten Werke des Landes eigenen Kalkstein verarbeitet. Ergänzend dazu festigte das marokkanische Unternehmen CIMAF seine Präsenz in der Region, um die steigende Nachfrage durch Infrastrukturprojekte im Westen Malis zu bedienen. Trotz dieser Kapazitäten steht der Sektor Anfang 2026 vor Herausforderungen: Die Produktion in der Region Kayes wurde zuletzt durch Engpässe bei Betriebsmitteln und eine angespannte Sicherheitslage beeinträchtigt, was die angestrebte vollständige nationale Selbstversorgung mit Zement weiterhin verzögert.

verarbeitende Industrie / Maschinen- und Fahrzeugbau

Ein indisches Unternehmen eröffnete 2009 das erste Traktorenmontagewerk des Landes in Samanko, das bis heute zur Mechanisierung der Landwirtschaft beiträgt. Im Jahr 2013 wurde unweit von Bamako das erste Baustahlwerk Malis eingeweiht, welches mit maßgeblicher Unterstützung indischer Investoren errichtet wurde und weiterhin den lokalen Baumarkt beliefert. Zwar nahm ein indisches Unternehmen im Jahr 2011 den Betrieb der ersten Eisenerzmine in Südmali auf, jedoch ruhen die dortigen Aktivitäten seit längerer Zeit, da sich der Fokus des malischen Bergbausektors inzwischen massiv auf die Goldförderung sowie auf die neu erschlossenen Lithium-Vorkommen verlagert hat.

2013 wurde unweit von Bamako das erste Fahrzeugmontagewerk Malis eingeweiht. In dem malisch-südkoreanischen Gemeinschaftsunternehmen werden Pkw, Lkw und Busse produziert. 2015 nahm im Umland von Bamako die erste Elektrokabelfabrik

des Landes den Betrieb auf, deren Produkte zum Teil auch in die Nachbarstaaten exportiert werden sollen. 2016 wurde in Kayes ein moderner Kühlschlachthof eröffnet, der einen Großteil seiner Produktion nach Senegal exportiert. 2016 kündigte ein chinesisches Unternehmen die Errichtung von zwei Baumwollspinnereien und drei Baumwollentkernungsfabriken an. Die Baumwollentkernungsfabriken (Ginneries) wurden wie angekündigt durch die CMDT (Compagnie Malienne pour le Développement des Textiles) mit chinesischer Hilfe modernisiert und erweitert. Der Bau von zwei großen Fabriken durch das chinesische Unternehmen Qingdao Sifang verzögerte sich allerdings erheblich. Erst 2023/2024 wurden die Projekte (u.a. in Koutiala) wieder aktiv vorangetrieben. Mali verarbeitet 2026 immer noch weniger als 5 % seiner Baumwolle im eigenen Land, das Ziel der industriellen Tiefenverarbeitung ist also noch nicht voll erreicht.

2018 nahm in der Nähe von Bamako eine mit chinesischer Unterstützung errichtete pharmazeutische Fabrik die Produktion auf. Diese 2018 eröffnete Fabrik von Humanwell Africa Pharmaceutical in Bamako ist voll in Betrieb. Sie produziert über 40 verschiedene Medikamente (u.a. Sirupe, Tabletten, Infusionen) und deckt einen signifikanten Teil des malischen Bedarfs. Zudem exportiert sie erfolgreich in die gesamte UEMOA-Region (u.a. Elfenbeinküste, Senegal). 2019 wurde im Umland von Bamako eine Fabrik für Verpackungsmaterial eröffnet. Sie produziert Kartonagen und Plastikverpackungen für die lokale Lebensmittel- und Zementindustrie und hat dazu beigetragen, die Importabhängigkeit von Verpackungen aus dem Senegal zu verringern.

Die hohen Erwartungen (Schaffung von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen) hinsichtlich einer von der Industrieförderungsagentur AZI angelegte neue Industriezone am Stadtrand von Bamako wurden bislang bei weitem nicht erfüllt. Gleiches trifft auch auf die von der AZI unterstützte Anlage weiterer Industriezonen in den Regionshauptstädten Ségou,

Kayes, Sikasso, Mopti und Koulikoro sowie in Koutiala, Fana, Bougouni, Kati, Ouélessébougo und Sanankoroba zu. Die AZI bemüht sich zwar um eine Neubelebung der Projekte, die Kluft zwischen den großangelegten Planungen und der tatsächlichen industriellen Besiedlung vor Ort ist jedoch weiterhin deutlich sichtbar.

Informeller Sektor

Der informelle Sektor ist insbesondere in den rasant wachsenden Städten von zentraler Bedeutung, sieht sich jedoch mit erheblichen strukturellen Problemen konfrontiert. Die erzielten Einkommen sind vielfach gering, während der Zugang zu Krediten sowie Produktionsmitteln stark eingeschränkt bleibt. Zudem mangelt es weitgehend an gezielten Förderstrategien für diesen Bereich, der von der Wirtschaftspolitik bislang vernachlässigt wurde. Speziell in Bamako kommt es zudem regelmäßig zu Konflikten zwischen den Akteuren des informellen Sektors und der Stadtverwaltung, die zuletzt im Sommer 2016 mit massiven Räumungsaktionen gegen die Nutzung öffentlicher Flächen vorging.

Eine wesentliche Stütze – auch für den informellen Sektor – stellt die wachsende Zahl an Mikrofinanzinstitutionen dar. Hierzu zählen beispielsweise die Spar- und Kleinkreditkasse Nyèsigiso sowie das 1987 gegründete Dorfsparkassennetzwerk Kafo Jiginew, das gegenwärtig 382.000 Mitglieder verzeichnet. Eine besonders wichtige Zielgruppe dieser Institutionen sind Frauen. Im Jahr 2010 geriet jedoch die Spar- und Kleinkreditkasse Jéméni in eine existenzbedrohende Krise. Die Zahl der betroffenen Sparer wurde landesweit auf etwa 60.000 Personen geschätzt. Die öffentlich gewordenen Missstände führten in der Folge zu Demonstrationen und einem tiefgreifenden Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung.

Tourismus

Bis zum Jahr 2009 hatte der Tourismus in einigen Landesteilen deutlich an Relevanz gewonnen. Die Zahl der ausländischen

Besucher stieg von 98.000 im Jahr 2002 auf 250.000 im Jahr 2009 an, wodurch sich der Tourismus zu einem immer gewichtigeren Wirtschaftssektor entwickelte. So beliefen sich die Einnahmen im Jahr 2008 auf 115 Milliarden FCFA – ein Jahr, in dem der damalige Tourismusminister die Branche als künftige „Lokomotive des wirtschaftlichen Wachstums“ bezeichnete. Aufgrund der zunehmend angespannten Sicherheitslage wurde jedoch ab 2009 ein massiver Rückgang verzeichnet: Während 2008 noch 190.000 europäische Touristen das Land besuchten, sank diese Zahl bis 2014 auf 71.000. Diese Entwicklung wirkte sich sehr negativ auf die lokale Wirtschaft in den betroffenen Gebieten aus. In diesem Kontext fand ein UNESCO-Projekt zur Förderung eines sozial- und umweltverträglichen sowie nachhaltigen Tourismus im Dogonland besondere Beachtung.

Seit 2014 hat sich die Krise des malischen Tourismussektors infolge der Ausweitung bewaffneter Konflikte auf das Zentrum und den Süden des Landes sowie der globalen COVID-19-Pandemie weiter verschärft. Die einstigen touristischen Kerngebiete, darunter das Dogonland sowie die UNESCO-Welterbestätten in Timbuktu und Djenné, sind für den internationalen Tourismus aufgrund anhaltender Sicherheitsrisiken und entsprechender Reisewarnungen faktisch nicht mehr zugänglich. Dies führte zu einem fast vollständigen Erliegen der klassischen Rundreisen und einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen im Beherbergungs- und Kunsthandwerkssektor.

Aktuelle Daten für das Jahr 2025 und den Beginn des Jahres 2026 belegen, dass sich der verbliebene Reiseverkehr nahezu ausschließlich auf die Landeshauptstadt Bamako konzentriert und primär aus Geschäftsreisenden sowie Angehörigen internationaler Organisationen besteht. Die ehemals visionäre Rolle des Tourismus als Wachstumsmotor wurde in der nationalen Wirtschaftsstrategie vorerst von anderen Sektoren verdrängt, während die Erhaltung der bedrohten kulturellen Stätten zunehmend auf internationale Notfallfonds angewiesen ist.

Produkte und Produktionsweisen

In der Agrarwirtschaft dominierten traditionelle Produktionsweisen, die weitgehend ohne moderne Betriebsmittel auskamen. Ausnahmen bildeten der moderne Bewässerungsreisanbau, der von subventionierten Inputs profitierte, sowie der exportorientierte Baumwollsektor. Über Jahre hinweg forcierte die Regierung die Mechanisierung durch den Einsatz von Traktoren, bei denen es sich überwiegend um im Inland montierte Modelle handelte.

Die exportorientierte Baumwollproduktion war seit den 1990er-Jahren massiv ausgeweitet worden (2003: 621.000 t Rohbaumwolle), was jedoch zunehmende ökologische Folgeschäden verursachte. Im Zeitraum von 2006 bis 2008 verzeichnete der Sektor einen erheblichen Einbruch, der 2008 mit lediglich 201.000 t seinen Tiefpunkt erreichte. Dieser Rückgang war primär auf die verspätete Auszahlung der Erlöse durch die CMDT, die Verschuldung der Landwirte und gestiegene Kosten für Produktionsmittel zurückzuführen. Zudem erwies sich die CMDT als unzureichend in der Lage, die Bauern in notwendigem Maße mit Betriebsmitteln zu versorgen. Zunächst blieb ungewiss, ob die ab 2009 einsetzende Erholung der Produktion von dauerhafter Beständigkeit sein würde. Von 2011 auf 2012 gelang zwar eine Steigerung von 245.000 t auf 454.000 t, doch 2013 blieb das Ergebnis mit 440.000 t deutlich hinter dem Planziel von 522.000 t zurück. Hauptverantwortlich hierfür war die Ankündigung der CMDT, angesichts sinkender Weltmarktpreise eine Prämie für die Produzenten zu streichen.

Obwohl die CMDT bis 2018 eine Steigerung auf 800.000 t anstrebte, wurden die Zielvorgaben in den Jahren 2014 und 2015 zunächst deutlich verfehlt; so wurden 2015 statt der geplanten 650.000 t nur 513.000 t Rohbaumwolle geerntet. Erst 2016 konnte das Planziel mit 645.000 t erreicht werden. Im Folgejahr 2017 stieg Mali mit einer Produktion von 706.000 t (Planziel: 725.000 t) zum größten Baumwollproduzenten Afrikas auf und fuhr 2018 mit 728.000 t eine Rekordernte ein. Das für

2019 gesetzte Ziel von 800.000 t wurde mit einer tatsächlichen Ernte von 700.000 t jedoch erneut verpasst. Die für 2020 geplante Menge von 820.000 t war schließlich durch einen massiven Anbauboykott der Produzentenvereinigungen gefährdet, die höhere Aufkaufpreise und verstärkte staatliche Unterstützung – insbesondere bei subventioniertem Kunstdünger – forderten. Schätzungen zufolge sank die Ernte infolgedessen auf weniger als 200.000 t Rohbaumwolle.

Parallel dazu hatte die USAID seit 2005 die Verwendung von gentechnisch verändertem Baumwollsaatgut gefördert, was jedoch weiterhin umstritten blieb. Unterdessen wurden mit Unterstützung der VR China Anbauversuche mit Hybridreissorten durchgeführt. Im Bereich der biologischen Sicherheit bemühte sich die malische Regierung zudem um eine engere Kooperation mit anderen westafrikanischen Staaten bei der Erarbeitung entsprechender Richtlinien.

Der ökologische Baumwollanbau gewann sukzessive an Bedeutung und wurde von über 8.000 Landwirten in Südmali betrieben. Parallel dazu etablierten sich zertifizierte biologische Anbaumethoden in zunehmendem Maße im Mangoexport sowie in ersten Ansätzen auch im Sesamanbau.

Nach der Krise von 2020 stabilisierte sich der malische Baumwollsektor durch staatliche Preisanpassungen und gezielte Subventionen spürbar. Auf die beeindruckenden Rekordernten von über 760.000 Tonnen in der Saison 2021/22 folgte im Zeitraum 2023/24 jedoch ein Rückschlag durch massiven Schädlingsbefall und Düngermangel, der die Produktion auf 490.000 Tonnen sinken ließ. Bis zum aktuellen Zeitraum 2025/26 hat sich die Erntemenge bei 600.000 bis 700.000 Tonnen eingependelt, wodurch Mali seine Position als einer der führenden Produzenten in Westafrika festigt. Parallel dazu vollzog das Land eine strategische Kehrtwende in der Agrarpolitik, indem es sich fast vollständig von gentechnisch verändertem Saatgut distanzierte und stattdessen die nationale Züchtung resilienter Sorten sowie die Nutzung lokaler Phosphate aus

Tilemsi zur Düngemittelherstellung forciert.

Gleichzeitig professionalisierte sich der Bio-Sektor massiv, was Mali bis 2026 den Aufstieg zu einem bedeutenden Exporteur von Bio-Mangos ermöglichte. Trotz dieser Dynamik bleibt die Agrarwirtschaft jedoch in ihren Grundstrukturen beständig: Über 75 % der ländlichen Bevölkerung betreiben weiterhin kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft, während die staatliche CMDT ihr Monopol im Baumwollsektor behauptet und der Reisanbau sowie die geringe Mechanisierungstiefe der Kleinbauern unverändert von staatlicher Unterstützung und klimatischen Bedingungen abhängig bleiben.

Der Anbau von Gemüse und Obst hat vor allem im Umland größerer Städte stark zugenommen. Insbesondere in Nord- und Zentralmali wurde von den Tuareg, Mauren und Fulbe traditionelle halbnomadische und nomadische Tierhaltung praktiziert. Im Gegensatz hierzu stand die Entwicklung einer insbesondere im Großraum Bamako zunehmend intensiv praktizierten Hühnerhaltung, die sich jedoch in immer höherem Maße durch illegale Hähnchenfleischimporte gefährdet sah.

Seit 2021 hat sich die Situation der nomadischen Tierhaltung in Nord- und Zentralmali jedoch massiv verschlechtert, da die Ausweitung der bewaffneten Konflikte die traditionellen Wanderrouten der Tuareg, Mauren und Fulbe weitgehend unterbrochen und viele Hirten zur Flucht in den Süden gezwungen hat. Im Bereich der Geflügelwirtschaft im Großraum Bamako hat sich die Lage dahingehend gewandelt, dass die Regierung die Kontrollen gegen illegale Hähnchenfleischimporte drastisch verschärft hat, um die lokale Produktion zu schützen, die nun jedoch verstärkt mit explodierenden Kosten für Futtermittel und Energie zu kämpfen hat.

Im Handwerk, das vor allem in den Städten an Bedeutung gewinnt, dominieren informelle Strukturen und einfache Techniken. Zugleich erfährt das Handwerk im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zunehmende Aufmerksamkeit.

Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik verfolgte die Regierung eine Förderung der Privatwirtschaft und der Liberalisierung, wobei diese Politik neben Zustimmung auch Ablehnung erfuhr.

Seit 1988, mit Nachdruck aber insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre, unternahm die malische Regierung deutliche Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die auf Druck und mit Unterstützung der Weltbank durchgeführten wirtschaftspolitischen Reformprogramme (Handelsliberalisierung, Privatisierung und Liquidierung unrentabler Staatsbetriebe, Sektorprogramme) führten zu mehr Leistungsanreizen und Wettbewerb sowie einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und ausländischer Investitionen. Oftmals verursachten die auf Druck der internationalen Gebergemeinschaft initiierten Maßnahmen aber auch soziale Härten und trafen bei (Teilen) der Bevölkerung auf Ablehnung. Bei der gescheiterten Privatisierung der

staatlichen Elektrizitätsgesellschaft Energie du Mali (EDM) (Übernahme der Kapitalmehrheit im Jahr 2000 durch die französische Bouygues-Gruppe) wurden sogar die vertraglich festgelegten Rahmenbedingungen, auf Druck breiter Teile der Bevölkerung, durch den Staatspräsidenten wieder außer Kraft gesetzt, was die malische Regierung 17 Mio. Euro kostete. Nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit der malischen Regierung verkaufte die Bouygues-Gruppe 2005 ihre Anteile. Nach dieser gescheiterten Privatisierung blieb die EDM ein Problemfall für die nationale Privatisierungspolitik, die im Übrigen vor dem letztlich verhinderten Wahljahr 2012 erheblich an Elan verlor. 2012 übernahm die neu gegründete SOMAGEP den Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung der EDM.

Auch im ländlichen Raum wurde eine erhebliche Ausweitung der Elektrizitätsversorgung geplant, wobei auch verstärkt Solarenergie genutzt werden sollte. Dies wurde auch schrittweise realisiert.

Die im Lande umstrittene Privatisierung der nationalen Baumwollgesellschaft CMDT wurde mehrfach verschoben und sollte ursprünglich 2013 abgeschlossen werden. Die Interventionszone der CMDT Holding wurde in vier Gebietseinheiten (filiales) unterteilt, für die ausländische Investoren ausgewählt werden sollten. Bislang wurde lediglich ein Interessent ausgewählt, und zwar eine chinesische Firma. Ein mögliches Scheitern der Verhandlungen würde ein erneutes Vergabeverfahren nach sich ziehen. Interessant könnten in Hinsicht auf die Privatisierung der CMDT auch die in Burkina Faso gewonnenen Erfahrungen sein.

Die Privatisierung der staatlichen Ölmühlengesellschaft HUICOMA endete in einem Fiasko. Einen wesentlichen Erfolg stellte hingegen die erste Phase der Privatisierung der SOTELMA dar, die sich zu 51 % im Besitz des marokkanischen Unternehmens Maroc Télécom befindet. Jedoch war die Privatisierung mit einem erheblichen Arbeitsplatzabbau verbunden und die Verwendung der Privatisierungserlöse umstritten. 2012 begann die zweite Phase der Privatisierung der SOTELMA, die eine weitere Reduzierung des von der Regierung gehaltenen Anteils vorsah. Sehr hohe Einnahmen erzielte die Regierung 2012 mit der Vergabe einer Lizenz an einen dritten Mobilfunknetzbetreiber, der im Januar 2018 seinen Betrieb aufnahm.

Die malische Regierung ist verstärkt bemüht, ausländische und malische Privatinvestoren, zum Beispiel für den Ausbau des Industriesektors zu gewinnen, wobei auch Public Private Partnership (PPP) gefördert wird. So wurde beispielsweise in Kayes ein neues, auf der Grundlage von PPP errichtetes Wärmekraftwerk gebaut, das zu einer graduellen Verbesserung der problematischen Elektrizitätsversorgung beitragen sollte.

Bislang konzentrieren sich Privatinvestoren auf die Sektoren Handel, Telekommunikation, Transportwesen und Baugewerbe. Hemmend wirkt sich neben der Binnenlage und infrastruktureller Mängel die weiterhin weit verbreitete Korruption aus, welche

nach einer Weltbank-Studie zu den wichtigsten Investitionshemmnissen zählt.

Im Mai 2018 vereinbarte Mali mit Burkina Faso und der Elfenbeinküste die Schaffung einer grenzüberschreitenden Sonderwirtschaftszone im Dreiländereck zwischen den Städten Sikasso, Bobo-Dioulasso und Korhogo. Hierdurch sollten das Wirtschaftswachstum und die regionale Integration gefördert werden. Auch vom Ausbau des internationalen Flughafens Bamako werden wesentliche Impulse für die Wirtschaftsentwicklung, speziell der Agglomeration Bamako, erwartet.

Der 2019 publizierte Doing Business-Bericht der Weltbank, der die Wirtschaftsfreundlichkeit verschiedener Staaten analysiert, stufte Mali lediglich auf Rang 148 von 190 untersuchten Staaten ein. Dieses wenig positive Investitionsklima erfuhr auch ein deutsches Bauunternehmen bei der Verwirklichung eines Immobilienprojekts in Bamako.

Nach 2019 wurde die malische Wirtschaftsentwicklung durch eine Abfolge von Krisen und einen radikalen Kurswechsel geprägt. Die COVID-19-Pandemie und die politischen Umbrüche der Jahre 2020 und 2021 beendeten die Ära der klassischen, westlich orientierten Liberalisierung. Unter der neuen Übergangsregierung rückte das Paradigma der „nationalen Souveränität“ ins Zentrum, was zu einer distanzierten Haltung gegenüber traditionellen Gebern wie der Weltbank und dem IWF führte. Infolge politischer Spannungen verkündete Mali Anfang 2024 zudem den Austritt aus der ECOWAS, nachdem massive regionale Sanktionen im Jahr 2022 die Notwendigkeit einer autärkeren Wirtschaftsweise verdeutlicht hatten.

Ein zentraler Pfeiler dieser neuen Politik war die umfassende Reform des Bergbausektors im Zeitraum 2023/24. Mit der Verabschiedung eines neuen Bergbaukodex erhöhte der Staat seinen potenziellen Anteil an Minenprojekten auf bis zu 35 % und strich langjährige Steuerprivilegien für ausländische Konzerne. Während Gold weiterhin das wichtigste Exportgut

blieb, begann 2025 der großflächige Abbau von Lithiumvorkommen, insbesondere im Projekt Goulamina. Ziel dieser Maßnahmen war es, die Wertschöpfung im Land zu erhöhen und die Abhängigkeit von reinen Rohstoffexporten durch erste Ansätze lokaler Weiterverarbeitung zu verringern.

Trotz früherer Reformbemühungen eskalierte die krise der staatlichen Energiegesellschaft EDM zwischen 2023 und 2025 massiv. Eine beispiellose Verschuldung und logistische Probleme bei der Brennstoffbeschaffung führten zu langanhaltenden Stromausfällen, die die industrielle Produktion in den urbanen Zentren zeitweise lähmten. Als strategische Antwort darauf forcierte die Regierung ab 2024 den Bau großer Solarparks, unter anderem in Sanankoroba, wobei verstärkt auf technische Unterstützung aus China und Russland gesetzt wurde. Diese Projekte markierten den Beginn einer Abkehr von der teuren thermischen Energieerzeugung hin zu regenerativen Quellen.

Das Investitionsklima wandelte sich durch den Abzug westlicher Unternehmen und den Rückgang europäischer Entwicklungszusammenarbeit grundlegend. An die Stelle traditioneller Partner traten verstärkt Akteure aus der Türkei, China und Russland, die sich insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Bauwesen und Sicherheit engagierten. Während das internationale Ansehen Malis in klassischen Wirtschaftsrankings aufgrund der Rechtsunsicherheit sank, entstanden in Nischen neue Dynamiken, wie dem Bausektor und dem Handel mit nicht-westlichen Gütern. Dennoch blieb die Haushaltslage im Februar 2026 durch hohe Militärausgaben und die Inflation bei Grundnahrungsmitteln angespannt.

Staatsverschuldung

2005 profitierte Mali zusammen mit 17 anderen hochverschuldeten Entwicklungsländern von einem von den G-8-Staaten gewährten umfassenden Schuldenerlass. Dennoch stellte die Verschuldung weiterhin ein wichtiges Problem dar. So

entsprach die Staatsverschuldung in 2016 27,3 % des Bruttoinlandsprodukts (Quelle: indexmundi.com). In 2011 wurden Mali 8,4 Mrd. FCFA im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Staaten (Französisch: Initiative PPTE) erlassen. Auch heute ist die Lage noch deutlich defizitär, wobei die Staatsverschuldung bis Februar 2026 auf über 50 % des Bruttoinlandsprodukts anstieg.

2015 kündigte Frankreich an, Mali Schulden in Höhe von annähernd 65 Mio. Euro zu erlassen. Nach Angaben der französischen Regierung war dieser Schuldenerlass Teil einer umfangreicheren Unterstützung seitens Frankreichs, die auch der Bekämpfung des Terrorismus gedient hatte. Bis Februar 2026 kam diese Form der bilateralen Finanzhilfe durch Frankreich infolge des vollständigen politischen Bruchs und der Aufkündigung der Verteidigungs- sowie Entwicklungszusammenarbeit gänzlich zum Erliegen.

Handel

Handel Wichtigste Handelspartner Malis waren lange Zeit die EU-Staaten, die Republik Südafrika, die Nachbarländer Senegal und Elfenbeinküste sowie die VR China. Der malische Außenhandel ist deutlich defizitär. So standen im Jahr 2017 Importen im Wert von 4,3 Mrd. US-Dollar Exporte von lediglich 1,9 Mrd. US-Dollar gegenüber. Wichtigste Einfuhrgüter waren Mineralölprodukte (21 % des Importwerts), mit Abstand gefolgt von Nahrungs- und Genussmitteln, Zement, Kunstdünger und Fahrzeugen. Bei den Exporten stand mit weitem Abstand Gold an der Spitze (72 % des Exportwerts), mit weitem Abstand gefolgt von Baumwolle (9,2 % des Exportwerts) und Lebendvieh (7,9 % des Exportwerts). In Bezug auf die Lebendviehexporte ist jedoch zu erwähnen, dass diese nur teilweise von der offiziellen Statistik erfasst werden (weit verbreiteter Schmuggel von Vieh in die Nachbarländer). Schwierig zu erfassen sind auch Reexporte von Importwaren. Bis Februar 2026 hat sich die Handelsstruktur durch den Austritt aus der ECOWAS und den Bruch mit der EU grundlegend gewandelt, wobei

Russland, China und die Türkei als Hauptpartner sowie neue Importrouten über Guinea und Mauretanien an die Stelle der traditionellen Korridore traten.

Die malische Volkswirtschaft ist nach wie vor stark von der Entwicklung der Weltmarktpreise für Baumwolle und Gold abhängig. Mali ist in besonderem Maße von den erheblichen Schwankungen der Weltmarktpreise für Baumwolle betroffen. 1995 erzielte das Land pro Tonne exportierter Rohbaumwolle 1.486 Euro, im Jahr 2000 dagegen nur noch 784 Euro, wozu unter anderem die Subventionspolitik der USA und EU beigetragen hatte. Der seitdem verzeichnete zeitweilige starke Wiederanstieg der Weltmarktpreise wurde jedoch zu einem erheblichen Teil durch die gestiegenen Produktionsmittel- und Transportkosten relativiert. Zudem folgte auf den 2010 verzeichneten historischen Höchststand des Weltmarktpreises für Baumwolle nur ein Jahr später ein drastischer Preisverfall. Bis Februar 2026 verschärfte sich diese Abhängigkeit weiter, da Gold mittlerweile über 80 % der Exporteinnahmen ausmacht, während die Baumwollproduktion durch die prekäre Sicherheitslage in den südlichen Anbaugebieten und volatile Weltmarktpreise massiv unter Druck geraten ist.

Angesichts der Entwicklung des Weltmarktpreises für Weizen wird auch in Mali verstärkt nach Alternativen zur Verwendung von importiertem Weizenmehl gesucht, das vor allem in den Städten in Form von Weißbrot konsumiert wird. Durch eine verstärkte Diversifizierungsförderung sollte die Abhängigkeit von Gold- und Baumwollexporten reduziert und die Exporte erhöht werden. Angestrebt wurde insbesondere ein verstärkter Export von Mangofrüchten, wobei das Exportvolumen von 2005 bis 2017 von 2.900 t auf 16.900 t frische Früchte gesteigert werden konnte und Mangofrüchte zum fünftwichtigsten Exportprodukt (nach Gold, Baumwolle, Lebendvieh und Kunstdünger) geworden waren. Allerdings bestehen trotz zunehmender Investitionen und steigender Mangoexporte noch erhebliche Schwierigkeiten und Herausforderungen. Angestrebt

wurde zudem ein verstärkter Export von industriell erzeugtem Mangopüree. Bis Februar 2026 hat sich die Weizenproblematik durch globale Lieferengpässe und den Wegfall traditioneller Handelswege massiv verschärft, was die staatliche Suche nach Substituten wie Hirse oder Maismehl zu einer Priorität der nationalen Ernährungssicherheit machte. Die Mangoexporte stagnierten hingegen weitgehend, da die prekäre Sicherheitslage die Logistikketten zu den internationalen Märkten erheblich beeinträchtigt.

Zum Schutz der einheimischen Zwiebel- und Kartoffelproduzenten erließ das Handelsministerium Mitte 2015 ein vorübergehendes Importverbot für Zwiebeln und Kartoffeln. Trotz einer bedeutenden Eigenproduktion an Gemüse wurden insbesondere zur Befriedigung der Gemüsenachfrage in den städtischen Zentren saisonal erhebliche Mengen Gemüse aus Nachbarländern, Marokko und den Niederlanden importiert. Bis Februar 2026 hat sich diese Praxis grundlegend gewandelt: Im Zuge der nationalen Souveränitätspolitik wurden Importbeschränkungen für europäische Agrarprodukte massiv verschärft und durch neue Handelsquoten mit regionalen Partnern sowie Russland ersetzt. Während Importe aus den Niederlanden fast vollständig zum Erliegen kamen, bleibt die Versorgung der Städte aufgrund von logistischen Störungen und klimatisch bedingten Ernteausfällen bei der Eigenproduktion weiterhin eine kritische Herausforderung für die malische Marktregulierung.

Gesellschaft

Gesellschaft

□□□□□□□☀□□□□□□□□

Die Redaktion, Frau S. Keller, überarbeitete diesen Text *vollständig* und brachte aktuelle Ergänzungen an. Die

ursprünglichen Texte entstammen dem Länderportal der GIZ; ursprünglicher Verfasser: Kai Uwe Seebörger. Die Urheber wurden über unsere Weiterverwendung informiert.

Die Beitrag-Links führen zu den entsprechenden Orten und Routen auf der Weltkarte sowie weiterführenden Informationen.

